

## **Antrag**

**der Abgeordneten Dora Heyenn, Christiane Schneider, Norbert Hackbusch,  
Kersten Artus, Elisabeth Baum, Dr. Joachim Bischoff, Wolfgang Joithe-von  
Krosigk und Mehmet Yildiz (Fraktion DIE LINKE)**

### **Betr.: Transport von Kernbrennstoffen über Hamburg verhindern**

Die Freie und Hansestadt Hamburg ist angesichts ihrer Lage zwischen drei, teils sehr veralteten Atomkraftwerken (AKW Krümmel, Brunsbüttel und Brokdorf) von der völlig falschen und unverantwortlichen Entscheidung der Bundesregierung, die Laufzeiten zu verlängern, besonders betroffen. Die Transporte von Kernbrennstoffen sind zum großen Teil dem Umstand geschuldet, dass die Lagerfrage ungelöst ist. Hamburg ist nicht nur den erheblichen Risiken alter AKW noch auf Jahrzehnte ausgesetzt, sondern auch massiv davon betroffen, dass Kernbrennstoffe und deren Abfallprodukte noch auf lange Sicht transportiert und nach Vorstellung der Bundesregierung auch über den hamburgischen Hafen verladen werden sollen. Mit welchen grundlegenden und umfassenden Sicherheitsproblemen dies verbunden ist, hat der Erste Bürgermeister Christoph Ahlhaus (CDU) gerade erst mit seiner Erklärung dokumentiert, Hamburg werde die „nicht nachvollziehbare Belastung unserer Stadt so nicht akzeptieren“.

Damit wird deutlich, wie die derzeitige Bundesregierung ihre Politik ausschließlich an den Interessen der Atomlobby orientiert.

Es ist nicht akzeptabel, dass über den Transport von Kernbrennstoffen ausschließlich das Bundesamt für Strahlenschutz entscheidet, das Land dagegen nur gehört und zudem mit den aus dieser Entscheidung resultierenden erheblichen Kosten belastet wird.

Der Transport von Kernbrennstoffen und deren Abfallprodukten durch unsere Häfen gefährdet die Sicherheit der hamburgischen Bevölkerung. Darüber hinaus wird die wirtschaftliche Tätigkeit im Hafen durch solche Transporte und deren Sicherungsmaßnahmen beeinträchtigt.

### **Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft beschließen:**

1. Die Bürgerschaft bekräftigt ihre Ablehnung der Verlängerung der AKW-Laufzeiten und der damit verbundenen Zunahme von Transporten von Kernbrennstoffen.
2. Die Bürgerschaft fordert den Senat auf, alle rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um Transporte von Kernbrennstoffen und deren Abfallprodukten durch unseren Hafen und andere Transportwege in der Freien und Hansestadt Hamburg zu verhindern, insbesondere
  - a) unverzüglich alle aus Sicht des Senats rechtlich möglichen Schritte zur Sperrung des Hamburger Hafens und anderer Transportwege durch Hamburg für den Transport von Kernbrennstoffen und deren Abfallprodukten einzuleiten und
  - b) als Eigentümervertreter in von der öffentlichen Hand beherrschten Unternehmen nachdrücklich darauf hinzuwirken, dass diese sich nicht an derartigen Transporten und Umschlägen beteiligen.

3. Die Bürgerschaft appelliert an die private Hafenwirtschaft der Stadt Hamburg, sich solchen Transporten zur Sicherung eines störungsfreien Hafenbetriebs zu verweigern.
4. Die Bürgerschaft fordert den Senat auf, sich für eine Änderung des Atomrechts mit dem Ziel einzusetzen, dass betroffene Länder maßgeblichen Einfluss auf die Genehmigung von Transporten von Kernbrennstoffen und deren Abfallprodukten erhalten.